



Drucksachen-Nr.: **2019/443/EW**

Art der Drucksache: Anfrage

Betreff: Aktueller Stand - Weimar als Sicherer Hafen

Einreicher: Einwohneranfrage

Datum: 20.11.2019

Beratungsfolge:

Stadtrat 04.12.2019

Anfragetext:

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Stadt Weimar wird seit mehreren Monaten über Weimar als Sicherer Hafen diskutiert: In einem offenen Brief forderten 21 Professor*innen der Bauhaus-Universität Weimar den Stadtrat und Oberbürgermeister Peter Kleine am 19. Juni 2019 dazu auf, die Stadt Weimar zum Sicherem Hafen zu erklären und der Potsdamer Erklärung beizutreten. Daraufhin forderte auch ein zivilgesellschaftliches Bündnis den Stadtrat und Oberbürgermeister Peter Kleine auf, Weimar zum Sicherem Hafen zu erklären. Ein gemeinsamer Antrag von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD, welcher sowohl vorsah Weimar zum Sicherem Hafen zu erklären als auch der Potsdamer Erklärung beizutreten wurde laut Medienberichten zugunsten eines Kompromissvorschlages, welcher erarbeitet werden sollte, zurückgestellt. Als Frist für einen Kompromissvorschlag wurde laut Medienberichten der 30. Oktober 2019 genannt.

Bisher liegt nach unseren Informationen kein Antrag für Weimar als Sicherer Hafen vor. Deshalb fragen wir im Namen des „Bündnis SozialTransFair e.V.“, „Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus“ und der „Initiative für Freundlichkeit – ein Weimar ohne Grenzen“:

1. Wie bewertet der Stadtrat den offenen Brief vom 19. Juni 2019 der 21 Professor*innen der Bauhaus-Universität Weimar, insbesondere den geforderten Beitritt zur Potsdamer Erklärung?
2. Wie fortgeschritten sind die Arbeiten zur Erarbeitung eines mehrheitsfähigen Kompromissantrages für Weimar – Sicherer Hafen?
3. Wie soll der „besonderen humanitären Pflicht Weimars“ (Oberbürgermeister Peter Kleine in: Radio Lotte: „Stadtrat stellt „Sicherem Hafen“ zurück“ 12.09.2019) in dem Antrag Weimar - Sicherer Hafen konkret nachgekommen werden (Bitte Maßnahmen auflisten)?
4. Warum wurde das positive Beispiel von unsere Partnerstadt Trier, in welcher der Stadtrat am 26.06.2018 die „Resolution Solidarität mit aus dem Mittelmeer geretteten Menschen, verabschiedete und die Resolution im Anschluss durch OB Wolfram Leibe an den Bundesinnenminister Horst Seehofer geschickt wurde, nicht in Betracht gezogen?

Mit freundlichen Grüßen

Stanislav Sedlacik

Felix Mayer

Beschluss

Datum

beantwortete Oberbürgermeister Herr Kleine

04.12.2019